

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Komm.

Redakt.: Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Tel.: B 1 Berlin 5481, Tel.-Adr.: Rotfahne Berlin. Verl.: Verein. Zeitungsverlage GmbH, Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Postfach: Berlin W 88 27 878.

Erscheint täglich außer Montage

Anzeigenverwaltung: Expedition GmbH, Berlin, Kurfürst 1825/26, Schluß

Die heutige „Rote Fahne“ in die Hand eines jeden AEG- und Schöneweider Arbeiters!

Bezugspreis in Berlin u. Orten mit eta. Zustellung: pro Woche 60 Pf., pro Monat 2,00 M. einchl. Erklärungs- u. Postbezug pro Monat 2,60 M. nebst Wertsteuern. Streifenband im Inland 4,20 M., im Ausland 4,50 M.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12zeil. Millimeterzeile mit 10 Wörtern 2,50 M. Arbeiterorgan u. Kammerarbeit. Kleine Anz.: 20 Pf., 10 Wörtern 30 Pf., 20 Wörtern 40 Pf.

AEG.-Prolet, marschiere mit!

Arbeit bei AEG.? Drei Tage in der Woche. Hungerlöhne für frönende Mädchen von 9 bis 12 Mark. Hungerlöhne für schuftende Familienväter von 14 bis 21 Mark die ganze Woche! Von etwa 20 000 AEG.-Arbeitern im Jahre 1930 arbeiten heute noch 14 000, um 40 Prozent weniger. Aber von 12 Millionen auf 5 Millionen Mark, also um 60 Prozent, wurde die Lohnsumme gekürzt.

Wofür schuftet ihr AEG.-Proleten? Für die Generaldirektoren, von denen jeder einzelne Hunderttausende einsackt. Für die Aufsichtsräte und Millionäre, die in vier Jahren, von 1927 bis 1930, über 62 Millionen Reingewinn in die Tasche steckten.

Wofür schuftet ihr AEG.-Proleten? Für die gefräßigen Kapitalbanden der Tributmächte, denen die deutschen Prozent„patrioten“ der AEG. jährlich 10 Millionen Mark als Anleihezinsen in den Rachen werfen.

Du hungerst, du schuftest, du arbeitest kurz. Jetzt soll es noch schlimmer werden. Jetzt sollen mit der Zerschlagung des Tarifvertrages

die Löhne noch schneller abgebaut, die Arbeitsbedingungen noch infamer verschlechtert werden. Die braunen Terrorbanden der Kapitalisten sollen dabei die Einpeitscher spielen. Die versuchte Verhinderung jeden Streiks durch die ADGB.-Bürokratie soll den Kapitalisten den Kohl fett machen.

AEG.-Prolet, du Arbeiter, du Arbeiterin, du Gewerkschafter, du SPD.-Genosse, du schlechtbezahlter Angestellter! Eingereicht als Kämpfer in die Antifaschistische Aktion! Selbstgewählte Einheitsorgane des Kampfes gegen jeden Pfennig Lohnraub, gegen Entlassungen, gegen die werksfaschistischen Streikbrecher, gegen die Sabotage der ADGB.-Bürokratie geschaffen. Marschiert unter den Fahnen der kommunistischen Freiheitspartei! Zur Macht gelangt, werden wir die Schuldverpflichtungen an die kapitalistischen AEG.-Gläubiger des Auslandes zerreißen, der Profitjägerei der eigenen Ausbeuter für immer ein Ende bereiten, die Fabriken, Maschinen, den Grund und Boden in die Hände des arbeitenden Volkes überführen!

Die Forderung der SPD.:

Papen soll sozialisieren!

Gestern haben wir das alarmierende „Wirtschaftsprogramm“ veröffentlicht, das die Papen-Schleicher-Diktatur gegenwärtig vorbereitet. Neuer Unterdrückungsabbau, Zwangsarbeit für die Arbeiterlosen, Zerschlagung der Tarifverträge, Lohnabbau, Verschärfung der faschistischen Unterdrückung ohne Gleichen, das sind die Mittel, mit denen die herrschende Klasse ihr bankrotttes Wirtschaftssystem retten will.

Es ist eine Verhöhnung der Arbeiter, ein frevelhaftes Spiel mit dem Schicksal der deutschen Arbeiterbewegung, wenn die Sozialdemokratie genau wie der ADGB nicht nur jeder konkreten Organisation des proletarischen Widerstandes aus dem Wege geht, sondern durch einen neuen Massenbetrug mit allen Mitteln die Arbeiter vom Kampfe abzuhalten versucht. Man stelle sich vor, ausgerechnet in dieser Stunde bringt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zur Reichstagsöffnung Ende des Monats eine Reihe von Anträgen ein, unter denen die Forderung auf „Sozialisierung der Schlüsselindustrien“ als die zentrale Forderung paradiert. Was soll sozialisieren? Der kapitalistische Staat, die Papen, Schleicher und Hindenburg, die jochen bereit waren, den Hitler und Genossen ein halbes Duzend Ministerposten anzubieten, die morgen dazu übergehen, in ihrem angehängten Wirtschaftsprogramm die Pläne des Langsamverretus, der schwerindustriellen Scharfmacher des Welters, auf Tarifzerstörung, auf weiteren Lohnabbau, auf faschistische „Ordnung“ in den Betrieben durchzuführen.

Vom 20. Juli, von der organisierten Sabotage des Massenkampfes gegen den faschistischen Staatsstreich in Preußen bis zu den jetzt eingereichten Parlamentsanträgen der SPD. ist eine gerade Linie, ist ein Schwerefall am Proletariat, am Sozialismus, an der roten Einheitsfront zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern und Gewerkschaftern. Hören wir, was die sozialdemokratische Reichstagsfraktion im einzelnen fordert:

Zu den Anträgen, die gestellt werden, um durch parlamentarische Oppositionsgeister die Abwanderung der SPD-Anhänger ins Lager der Antifaschistischen Aktion aufzuhalten, gehört die Forderung auf Aufhebung der Notverordnung vom 14. Juni 1932. Die Aufhebung der Brüning-Notverordnungen fordert die SPD. nicht, und auch nach dem Erlaß der Papen-Hitler-Notverordnung vom 14. Juni hat sie alles daran gesetzt, um einen wirksamen Kampf gegen den Unterdrückungsabbau, gegen die neuen unerträglichen Steuern und die verschärften faschistischen Unterdrückungsmaßnahmen zu verschärfen. Die SPD-Minister in Preußen und anderen Ländern führten die Papen-Notverordnung nicht nur bis auf den letzten Buchstaben durch, sie verschärfen sie noch durch eigene Notverordnungen. So dekretierte Severing die Aufhebung der Hauszinssteuerfreiheit für Kollidende und die Schlachtsteuer.

Die SPD-Anträge fordern ferner die Streichung der Zinsenabgaben und die Kürzung der hohen Gehälter und Pensionen. Entlarvt dieses Betrugsmanöver! Weist überall darauf hin, daß die SPD-Minister es waren, die durch standstöße

Verträge den Hohenzollern und Ständesherrn Milliardensummen in den Kassen warfen. Als im Februar 1932 die kommunistische Reichstagsfraktion beantragte, alle Rentenansprüche der Fürsten und Ständesherrn aufzuheben und ihre Vermögens entschädigungslos zu enteignen, da hat die SPD. gemeinsam mit dem Zentrum und den Rechten die Behandlung dieses Antrages verhindert. Wo und wann auch die kommunistischen Parlamentsfraktionen die Streichung der Riesenpensionen gefordert haben, die SPD. hat stets gemeinsam mit allen bürgerlichen Parteien diese Anträge abgelehnt.

Zimmer, wenn die Arbeitermassen zu Aktionen gegen die kapitalistische Diktatur drängen, dann eilt die SPD. der herrschenden Klasse durch parlamentarische Bluffs zu Hilfe, um den Blick der Massen von ihren konkreten Tagesforderungen abzulenken. So ist es auch heute, wo die SPD. ein besonderes Bußgeld von Anträgen zum „Ausbau der Wirtschaft“ zusammengefaßt hat. Sie fordert die Sozialisierung der Schlüsselindustrien, des Bergbaus, der Eisenindustrie und der Großchemie, die Beschäftigung der Erwerbslosen, die Enteignung des Großgrundbesitzes und die Übergabe von Land an Landarbeiter und Kleinbauern. Gibt es überhaupt einen Arbeiter, der sich einreden läßt, daß die faschistische Papen-Regierung die Wirtschaft sozialisieren und die Großgrundbesitzer enteignen wird? Als im Jahre 1918 die Arbeiter praktisch zur Sozialisierung schreiten wollten, da wurden sie von den Kossid und Scheidemann blutig niedergeschlagen. Genau wie 1918 lehnen

die sozialdemokratischen Führer auch heute noch die wichtigste Voraussetzung für die Sozialisierung ab, das ist der Kampf um die Arbeiter- und Bauernregierung, die Herrschaft der Arbeiterklasse. Die Sozialisierungsanträge der SPD. haben heute denselben Zweck wie seinerzeit die Plakate: „Die Sozialisierung marschiert!“ Sie sollen die Arbeiter irreführen und von konkreten Kampfmaßnahmen gegen die Kapitaldiktatur abhalten.

Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag fordert die gezielte Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich! Das bedeutet die weitere Herabsetzung der Hungerlöhne mit sozialdemokratischer Hilfe. Ferner fordert die SPD. die Arbeitsbeschaffung durch öffentliche Arbeiten, Förderung der Hausreparaturen und Beschäftigung von Arbeitslosen in stillliegenden Fabriken und Werkstätten. Das Ungeheuerliche dabei ist, daß für solche Arbeit nicht etwa die Tariflöhne, sondern die erbärmlichen Unterhaltungsprämien bezahlt werden sollen. Dieser Antrag unterstreicht sich in keiner Weise von den faschistischen Vorschlägen zur Einführung der Zwangsarbeit, deren Verwirklichung die Papen-Schleicher-Diktatur in Angriff nimmt.

Ungeheuerlich sind auch eine Reihe von Vorschlägen, die die SPD. zur Finanzierung dieser „Arbeitsbeschaffung“ macht. Sie fordert die Auflegung einer Prämienanleihe. Da sie aber weiß, daß niemand diese Prämienanleihe zeichnen würde, fordert sie ihre Ergänzung durch eine Zwangsanleihe. Rainisch würde

Ein vorbildlicher Beschluß

Jede Zelle ein konkretes Kampfprogramm für die Antifaschistische Betriebswoche

Die Zellen 416, 416 1 und 2 und 405 haben für die antifaschistische Betriebskampfwoche einen konkreten Plan aufgestellt, den wir nachstehend veröffentlichen.

„Jede Zelle verkauft in dieser Woche vor den Betrieben und Stempelstellen:

- 100 „Rote Fahne“,
- 100 „Antifaschistische Aktion“,
- 50 „Rote Post“,
- 20 Plaketten „Antifaschistische Aktion“.

Für das Slang-Aufgebot werden 10 Abonnenten der „Roten Fahne“ gewonnen, 5 in dieser Woche.

Jede Zelle sammelt 15 Mark, davon 5 Mark für die Antikriegskonferenz.

Jede Zelle wirbt in ihrem Gebiet 15 parteilose Arbeiter für den roten Massenselbstschutz.

Jede Betriebszelle stellt bis Mitte der Woche

eine Betriebszeitung her, die am Ende der Woche vertrieben wird.

Jeder Zellenleiter nimmt an der vom Instrukteur eingeleiteten Betriebsführung oder Versammlung teil.

Jeder Zellenleiter berichtet bis Montag mittag an den Instrukteur das Gesamtergebnis der Antifaschistischen Betriebswoche mit genauen Angaben, wieviel Genossen sich an der Arbeit beteiligt haben.“

Dieses Arbeitsprogramm der vier Zellen ist ein vorbildliches Beispiel! Jede Zelle muß heute noch einen Plan für die Arbeit in dem Betrieb ihres Gebietes und der Stempelstelle aufstellen.

Mit kühner Initiative vorwärts zur Durchführung der Aufgaben in der Antifaschistischen Betriebswoche. Erobert die Betriebe. Macht sie zu antifaschistischen Festungen.